Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 65 (1978)
Heft: 11

Artikel: Die Einheit der Volksschule und ihrer Lehrerschaft
Autor: Zollinger, Artur
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-529877

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schweizer schule

Halbmonatsschrift für Erziehung und Unterricht

1. Juni 1978 65. Jahrgang Nr. 11

Was meinen Sie dazu?

Die Einheit der Volksschule und ihrer Lehrerschaft

Bei den Mittelstufenlehrern brodelt es! Angefangen hat es mit der Vorverlegung des ersten Fremdsprachenunterrichts auf die 5./6. oder gar 4. Primarklasse, resp. mit den entsprechenden Versuchen. Da wurde ja eines Tages in das feste Gefüge des Stoff- und Lehrplans der Primarschule plötzlich ein neuer Stoff mit einigen Wochenstunden eingefügt, ohne dass vorher die Fragen: «Wie hat das alles Platz im bisherigen Lehrplan? Wie kann die Mehrbelastung für Schüler und Lehrer kompensiert werden?» grundsätzlich gelöst worden wären. Begreiflich, dass die Mittelstufenlehrer verlangten: Bevor ein solcher Block, der die Gesamtstruktur der Primarschule durcheinanderbringt, eingefügt wird, muss die Gesamtsituation der Primarschule überprüft werden. Diese Überprüfung hätte sich vorerst einmal auf den Stoffplan der Primarschule beziehen müssen. Dem verständlichen Anliegen der Primarlehrer stimmte denn auch die Erziehungsdirektorenkonferenz verständnisvoll zu. Seither hat sich zu der genannten Begründung des Anliegens der Mittelstufenlehrer eine zweite gesellt: die Gleichwertigkeit aller Schulstufen. Die Primarlehrer stellen fest, die Primarschule geniesse in unserem Volk zu wenig Ansehen, und das rühre davon her, dass die Primarlehrer im Vergleich zu den Oberstufenlehrern weniger gut ausgebildet würden.

Auch spuke in vielen Köpfen der Irrglaube, je älter die Schüler seien, auf desto mehr Ansehen habe der Lehrer Anspruch. Wir seien aber nicht in erster Linie Unter-, Mittel- oder Oberstufenlehrer, sondern einfach Lehrer. Unsere Volksschule bilde eine Einheit, ein untrennbares Ganzes, innerhalb dessen alle Schulstufen gleichwertig seien. «Die nicht gleichwertige Ausbildung der Lehrer und das hierarchische Gefälle innerhalb der Schule führen zu einer zunehmenden Isolation der einzelnen Stufen und Abteilungen, welche die Zusammenarbeit innerhalb der Schule erschwert und sich für den Schüler nachteilig auswirkt.» Von veralteten Vorstellungen wie «oben» und «unten» gelte es Abschied zu nehmen. Die Primarlehrer verlangen gleichwertige Ausbildung der Volksschullehrer aller Stufen. Diese Gleichwertigkeit wird nach aussen nur zu messen sein an der gleichen Länge. Davon, dass dann auch alle Anspruch auf gleichen Lohn haben, redet im Moment niemand.

Wer sollte auch so materialistische Gedanken hegen!

Die Mittelstufenlehrer haben ihre Anliegen auf einer machtvollen Kundgebung in Solothurn vorgetragen (23. 11. 1977). Sie stellten diese Tagung unter das Leitwort «Schulreform von unten» und brauchten dabei neckischerweise selber die «veraltete» Unterscheidung unten und oben.

Ergebnis der Tagung:

7 Thesen zur Reform der Primarschule

1. *Der Auftrag der Primarschule muss im Rahmen des gesamten Bildungswesens neu bestimmt werden.*
2. *Die Primarschule prägt das Verhalten des Kindes im Bildungsprozess. Sie muss so gestaltet werden, dass das Kind in der Schule die Freude am Leben und am*

Lernen bewahren und das Vertrauen zu sich selbst und zu andern entwickeln kann.

3. *Die Primarschule muss die Persönlichkeit des Kindes bilden, alle seine Fähigkeiten fördern und Einseitigkeiten vermeiden.*
4. *Nur die Neubestimmung der elementaren Bildung ermöglicht der Primarschule, ihre eigentliche Aufgabe im Bildungswesen zu finden und zu erfüllen.*
5. *Die Bedeutung der elementaren Bildung für den ganzen Bildungsprozess verlangt eine wesentlich bessere Ausbildung des Primarlehrers.*
6. *Die Strukturen des Bildungswesens müssen der Entwicklung des Kindes angepasst und nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit aller Schulstufen gestaltet werden.*
7. *Die Reform der Primarschule ist nur möglich, wenn alle an der Schule Beteiligten über Strukturen und Traditionen hinweg versuchen, zu einer umfassenden Zusammenarbeit der verschiedenen Stufen und ihren Abteilungen zu gelangen.*

Niemand wird bestreiten, dass diese Thesen vorsichtig abgefasst sind! Im Kommentar wird einiges deutlicher formuliert.

Das Vorgehen der Mittelstufenlehrer hat ihnen bereits vom Redaktor der SLZ den Vorwurf eingetragen, sie fahren ein Sonderzüglein innerhalb der Lehrerschaft, deren offizielles Gesamtforum die KOSLO sein sollte.

Ich frage mich: Kämpfen die Mittelstufenlehrer nicht gegen Windmühlen? Ich kenne aus praktischer Erfahrung die Zusammenarbeit der Lehrer aller 3 Stufen. Die Kooperation ist am selbstverständlichsten überall dort gegeben, wo alle im gleichen Schulhaus unterrichten oder so nahe beisammen, dass sie mit Leichtigkeit zu einem Gesamtkonvent zusammenkommen können. Je stärker die Lehrer der verschiedenen Stufen durch Schulhäuser oder gar Regionen getrennt sind, desto eher kann das Gefühl aufkommen, der Lehrer grösserer Schüler geniesse (beanspruche?) grösseres Ansehen. Demgegenüber stelle ich fest, dass heute die gesamte Lehrerschaft inkl. der Oberstufe weniger Ansehen im Volk geniesst als früher. Und das rührt von andern Ursachen her als denen der Ausbildung.

Vergessen wir übrigens auch nicht die Zusammenarbeit der Lehrer aller Stufen in Organisationen wie z. B. unserer kantonalen Schulsynode samt Prosynode und Kapitelpräsidentenkonferenz!

Die Forderung nach einer gleichwertigen Ausbildung der Primar- und Sekundarlehrer ist berechtigt, soweit sie sich auf die psychologisch-pädagogisch-methodische Grundausbildung bezieht. Jede Schulstufe hat ihre spezifischen psychologischen und pädagogischen Probleme und Schwierigkeiten, und es ist klar, dass für die kleinsten Schüler die Methode besondere Bedeutung hat, während die Pubertätskrise der Schüler vom Oberstufenlehrer eine spezielle psychologisch-pädagogische Vorbildung erheischt. Ebenso klar ist jedoch, dass über die gemeinsame Grundausbildung hinaus die Lehrer der Sekundarstufe I eine besondere stoffliche Ausbildung nötig haben. Dazu kommt, dass Schulreformpostulate in den letzten Jahren an die Lehrer dieser Stufe zusätzliche Anforderungen stellen. Wo man die Sekundarstufe als Orientierungsstufe gestalten will, werden als spezifische Aufgaben dieses Schultyps genannt: Schülerbeobachtung und -beurteilung sowie -beratung im Hinblick auf Schul- und Berufswahl, Fähigkeit zu Gruppen- und Niveauunterricht usw.

Mit all dem soll gegen eine effektive Verbesserung der Primarlehrerausbildung nichts gesagt sein!

Gerade die Ansätze zur Reform der Volksschulstufe für die 12- bis 15jährigen sind es offenbar, welche die Primarlehrer in Sorge versetzt haben, weil die Schulreform tatsächlich «oben» begonnen wurde. Das hat sich aber aus den sozialpolitischen Postulaten der Schulreform so ergeben, weil die Oberstufe in 2–3 Begabungszüge aufgeteilt ist, wogegen durch die Forderung der «Chancengleichheit» die Tendenz aufkam, die Begabungsunterschiede möglichst lange als nichtexistent zu behandeln.

Wir kommen zurück auf das Problem der Einheit unserer Volksschule und ihrer Lehrer:

Dass trotz aller Lippenbekenntnisse zur Einheit in Wirklichkeit die einzelnen Stufen mit

ihren deutlichen Eigeninteressen auch heute noch eine wichtige Rolle spielen, ist schon aus dem Umstand ersichtlich, dass neben dem gemeinsamen Organ der Lehrerschaft, der hervorragend redigierten Lehrer-Zeitung, die Stufenkonferenzen ihre eigenen Informationsblätter herausgeben. Zum Teil sind sie sogar ziemlich aufwendig. Die Anliegen der einzelnen Stufen und Schultypen sind als durchaus legitim anzuerkennen, aber auch der Wunsch nach Einheit der Volksschullehrerschaft. Paradox wäre hingegen, wenn ausgerechnet die Verfechter der Einheit der Volksschule deren Uneinigkeit vergrössern würden! *Artur Zollinger*

in: ES-Informationen, Februar 1978

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Bundesrat Hürlimann zur Bildungspolitik

Bildungspolitik sei heute einer der wichtigsten Bereiche der Politik überhaupt, hat Bundesrat Dr. Hans Hürlimann vor der Delegiertenversammlung der CVP des Kantons Luzern in Willisau erklärt. Bildungspolitischen Entscheiden eine Mehrheit zu sichern, sei allerdings in unserer Referendumsdemokratie immer schwer.

Bei der Gründung einer Universität Luzern handle es sich für die Zentralschweiz um einen Entscheid von wahrhaft historischer Tragweite. Luzern und die Innerschweiz würden durch die Verwirklichung dieses Gemeinschaftswerkes nicht nur ein jahrhundertelanges kulturpolitisches Zusammenwirken bestärken, sondern auch das nachholen, was die anderen grossen Regionen unseres Landes mit eigenen Universitäten bereits im 19. Jahrhundert geschaffen hätten. Die Universität werde das geistige, politische und wirtschaftliche Gewicht Luzerns und der gesamten Zentralschweiz im Rahmen des Bundesstaates entscheidend stärken. Zweifelsohne gingen davon auch starke Impulse zur wirtschaftlichen Stärkung der ganzen Innerschweiz aus.

BE: Die Lehrerausbildung im künftigen Kanton Jura

Der jurassische Verfassungsrat hat am 17. Mai seine Debatte über die Lehrerausbildung im Kanton Jura beendet. Im Gegensatz zum Kanton Bern, wo nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit gleich ein Lehrerseminar besucht werden kann, werden die künftigen jurassischen Lehrerinnen und Lehrer nach dem Beschluss der Konstituante zunächst an einem Gymnasium die Maturität erlangen und dann eine zweijährige pädagogische Ausbildung erhalten müssen, bevor sie unterrichten dürfen. Kindergärtnerinnen und Hauswirtschaftslehrerinnen werden eine Fortbildungsschule und eine pädagogische Ausbildung zu absolvieren haben.

Der Verfassungsrat entschied sich auch über die Einrichtung der verschiedenen Ausbildungsstätten. So soll die Kantonsschule in Pruntrut in ein Gymnasium mit allen Maturitätstypen umgewandelt werden. Die pädagogische Schule wird ebenfalls in Pruntrut zu stehen kommen, während sich die Fortbildungsschule in Delsberg befinden wird.

LU: Wirtschaftskunde für Seminaristen

Wenn die Lehrerausbildung gesamtschweizerisch auf sechs Jahre ausgedehnt werde, könne eine mehrmonatige praxisorientierte Tätigkeit von Seminaristen in Industrie- oder Gewerbebetrieben geprüft werden, antwortete Erziehungsdirektor Walter Gut auf ein Postulat von Hans Aregger (CVP, Buttisholz). Auch die Einführung des Faches Wirtschaftskunde werde im Zusammenhang mit dem neuen Seminarlehrplan überprüft, stellte Walter Gut zum Vorstoss von Edgar Hinnen (LPL, Meggen) fest.

Beide Grossräte bemängelten die wirtschaftliche Ausbildung der Junglehrer. Viele junge Lehrpersonen hätten keine Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und schwebten in ihren Lebensvorstellungen in den Wolken, meinte Aregger. Regierungsrat Gut attestierte, dass bei zuviel Theorie der Bezug zur Realität verlorengehe. Hingegen könne er feststellen, dass an den Lehrerbildungsstätten im Kanton jetzt schon wirtschaftliche Zusammenhänge erklärt würden. Zum Teil bestände an den obern Klassen ein systematischer Wirtschaftskunde-Unterricht, oder dann könne dieser als Wahlfach belegt werden.

LU: Landschenkung für Luzerner Universität gutgeheissen

Der Grosse Stadtrat von Luzern hat am 12. Mai mit 29 gegen 3 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, die Schenkung von 17 000 Quadratmetern Land für den Bau einer Universität gutgeheissen. Die Schenkung, die dem obligatorischen Referendum